

Stellungnahmen zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB):	Abwägungsvorschlag:
<p><b>Landkreis Emsland: Schreiben vom 24.08.2022</b></p> <p>Zum Entwurf der o. g. Bauleitplanung nehme ich als Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:</p> <p><b><u>Naturschutz und Forsten</u></b> Im Nachgang zu einer Ortsbegehung und einer Vorabstimmung (17.05.2022) wird aus naturschutzrechtlicher Sicht zu dem o. g. Vorhaben wie folgt Stellung genommen:</p> <p><u>Artenschutzfachliche Belange:</u> Aufgrund der besonderen Struktur, der Beschaffenheit und der Ausprägung des Plangebietes (Altbaum-Gehölzbestände aus heimischen Baum- und Straucharten, Gewässer etc.) wird aus artenschutzrechtlicher Sicht die Durchführung einer vollumfänglichen speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) als zwingend erforderlich erachtet.</p> <p>Das Erfordernis ergibt sich u. a. aus der o. g. Ortsbegehung, die erkennen ließ, dass im Plangebiet eine Vielzahl an Brutvogelarten wie Kohlmeise, Blaumeise, Rotkehlchen, Amsel, Singdrossel, Buchfink, Ringeltaube etc. vorkommen. Die zahlreichen und unterschiedlichen Vogelstimmen sowie die reiche Struktur und Beschaffenheit des Plangebietes und seiner angrenzenden Flächen, Gewässer, Hausgärten etc. stützen die Annahme, dass weitere Vogelarten wie Buntspecht, Grünspecht, Kleiber, Dompfaff etc. die Gehölzbestände bewohnen und als Brut- und/oder Nahrungshabitate nutzen.</p> <p>Die Durchführung der saP hat neben der Tiergruppe der Brutvögel die Tiergruppe der Fledermäuse und aufgrund der angrenzenden Gewässer auch die Tiergruppe der Amphibien zu umfassen. Um eine aussagekräftige und belastbare saP zu erhalten, sind mind. 8 Begehungen vorzunehmen. Die Erfassung der Tiergruppen ist zu Beginn der sog. Brut- und Setz- bzw. Reproduktionszeiten (um den 01. März) aufzunehmen und hat sich über den Zeitraum der Brut-, Setz- und Reproduktionszeiten zu erstrecken.</p> <p><u>Forstfachliche Belange:</u> Die von der Bauleitplanung unmittelbar betroffenen Gehölzbestände nehmen eine Fläche von mehr als 7.000 m<sup>2</sup> ein. Die Gehölzbestände beschränken sich jedoch nicht nur auf das Plangebiet, sondern setzen sich in nordöstlicher und</p>	<p><b><u>zu Naturschutz und Forsten</u></b></p> <p><u>Zu Artenschutzfachliche Belange</u> Es ist eine artenschutzrechtliche Prüfung einschließlich Untersuchungen vor Ort beauftragt worden. Die Ergebnisse werden im weiteren Planungsverlauf soweit erforderlich entsprechend berücksichtigt.</p> <p><u>Zu Forstfachliche Belange</u> Für die Beurteilung des Waldes und der erforderlichen Größe der Ersatzaufforstung werden die Ausführungsbestimmungen zum NWaldLG (RdErl.</p>

<b>Stellungnahmen zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB):</b>	<b>Abwägungsvorschlag:</b>
<p><b>Landkreis Emsland: Schreiben vom 24.08.2022</b></p> <p>südöstlicher Richtung fort, sodass die Gesamtheit der Gehölzbestände eine weit größere Fläche überstreicht. Aufgrund der Größe, des Alters, der Struktur und der Beschaffenheit sind die von der Bauleitplanung mittel- und unmittelbar betroffenen Gehölzbestände als Wald im Sinne des Nieders. Gesetzes über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG) zu beurteilen. Die Größe, das Alter und die Struktur (Strauch/Baum) tragen entscheidend zur Bildung eines typischen Waldbinnenklimas bei. Muss der Wald zugunsten der Bauleitplanung weichen, liegt gem. NWaldLG eine Umwandlung von Wald in eine andere Nutzungsart vor. Die sog. Waldumwandlung kann zudem dazu führen, dass die verbleibenden Gehölzbestände aufgrund ihrer Größe und/oder veränderten Struktur nicht mehr in der Lage sind, ein typisches Waldbinnenklima zu erzeugen oder die Waldfunktionen zu erfüllen. Dies hätte wiederum zur Folge, dass die verbleibenden Gehölzbestände nicht mehr als Wald im Sinne des NWaldLG anzusprechen wären und ebenfalls kompensiert werden müssten. Ungeachtet dessen bedürfen sog. Waldumwandlungen einer nachvollziehbaren und stichhaltigen Begründung (von öffentl. Interesse oder besonderes wirtschaftliches Interesse des Waldbesitzenden).</p> <p>Die Umwandlung von Wald in eine andere Nutzungsart ist mit der gesetzlichen Verpflichtung, eine Ersatzaufforstung vorzunehmen, verbunden. Aufgrund der naturschutzfachlich hoch anzusetzenden Wertigkeit des Waldes hat die Ersatzaufforstung in einem Verhältnis von 1: 1,6 zu erfolgen. Die Ersatzaufforstungsfläche ist spätestens auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung zu benennen. Die Genehmigung zur Umwandlung von Wald bedarf keines gesonderten Verfahrens, sondern wird im Rahmen der Bauleitplanung mit erteilt.</p> <p><u>Naturschutzfachliche Belange:</u>  Das Plangebiet wird nahezu flächendeckend von wertvollen Gehölzbeständen eingenommen. Die Gehölzbestände setzen sich bis auf wenige Ausnahmen aus heimischen, standortgerechten Baum- und Straucharten zusammen. Vereinzelt kommen auch verwilderte Obstgehölze vor. Die Gehölzbestände sind sowohl von ihrem Alter als auch vom Verhältnis zwischen Baum- und Strauchschicht gut bis sehr gut strukturiert. Hinzu kommt die gute Naturverjüngung, die in Form</p>	<p>des ML v. 05.11.2016) beachtet und zugrunde gelegt. Die erforderliche Ersatzaufforstung wird dann entsprechend nachgewiesen.</p> <p>Im Falle der Anwendung Niedersächsisches Gesetzes über den Wald und die Landschaftsordnung (NWaldLG; vom 16.12.2021) kommt die Baumschutzsatzung der Stadt Papenburg nicht mehr zum Tragen.</p> <p><u>Zu Naturschutzfachliche Belange</u>  Der Geltungsbereich dieser 4.Änderung liegt innerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Nr. 188 „Sportpark Obenende“ aus 1987. Damit ist die städtebauliche Absicht der Stadt Papenburg dokumentiert, hier Wohnraum zu schaffen.</p> <p>Im Wohnraumversorgungskonzept wird ausgeführt, dass der Neubedarf für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern bei 200 Einheiten liegt. Weiterhin wird auf</p>

Stellungnahmen zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB):	Abwägungsvorschlag:
<p><b>Landkreis Emsland: Schreiben vom 24.08.2022</b></p> <p>zahlloser Sämlinge nahezu überall zu beobachten ist, die die positiven Verjüngungs- und Entwicklungsprozesse unterstreichen.</p> <p>Die Gehölzbestände gehen über das Plangebiet hinaus und stehen in engen Wechselbeziehungen und Wechselwirkungen zu den benachbarten Grün- und Gehölzstrukturen. Unmittelbar östlich/südöstlich befinden sich z. B. mehrere Gewässer in unterschiedlicher Größe und Ausprägung. Im ökologischen Zusammenspiel mit den Gewässern bilden die Gehölzbestände einen bedeutenden und wertvollen Biotopverbund im innerörtlichen Raum. Die Gehölz- und Grünstrukturen regulieren die kleinklimatischen Verhältnisse, tragen in einem erheblichen Maß zur Speicherung von Stickoxiden (CO<sub>2</sub>) bei, dienen als Feinstaubfilter und anderen Luftschadstoffen, helfen bei der Minderung von Lärmimmissionen, bieten zahlreichen Tierarten (Brutvögel, Kleinsäuger, Fledermäuse etc.) einen vielfältigen Lebensraum und werden nicht zuletzt von zahlreichen Anwohnenden als Naherholungsgebiet oder als fußläufige Verbindung zu den am Bolwinsweg angesiedelten Geschäften der Grundversorgung (Bäcker, Lebensmittel, Bekleidung) oder zum Erreichen des Ortszentrums „Obenende“ genutzt.</p> <p>Im Sinne des Vermeidungs- und Minimierungsgrundsatzes (§ 13 BNatSchG) gilt es zunächst, Eingriffe in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild zu vermeiden oder zumindest zu minimieren. Die Vermeidung und Minimierung von Eingriffen in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild ist für den Vorhabenträger verpflichtend. Die Bauleitplanung ist daher grundsätzlich an die örtlichen Gegebenheiten anzupassen, um zum einen vorhandene Schutzgebiete, gesetzlich geschützte Biotope, geschützte Landschaftsbestandteile etc. und zum anderen vorhandene Grünstrukturen wie Waldflächen, Baumreihen oder Baumgruppen, Gehölzinseln, Feldhecken, Staudenfluren, Ruderalflächen, Gewässer etc. zu sichern, zu schützen und dauerhaft zu erhalten.</p> <p>Für die o. g. Bauleitplanung ist eine Umweltplanung durchzuführen. Die entsprechenden Daten, Erhebungen und Kartierungen sind beizubringen. Als Anforderung an die Umweltplanung ist die Abarbeitung der einzelnen Schutzgüter und eine Bestandsaufnahme der im Plangebiet vorkommenden und</p>	<p>die deutlich gestiegene Nachfrage nach hochwertigen Wohnungen in Mehrfamilienhäusern hingewiesen. Des Weiteren ist hier das allgemeine und städtebauliche Ziel der Stadt Papenburg anzuführen, bestehende Nachverdichtungspotenziale auszuschöpfen. Hierbei sollten sich die Neubauprojekte hinsichtlich Lage, Dimensionierung und Segment gut in die Siedlungsstruktur integrieren. Eine Nachverdichtung ist gerade in zentralen Lagen erstrebenswert, um bestehende Quartiere nachhaltig zu stärken und bestehende Infrastrukturen zu nutzen.</p> <p>Es sind ausreichende städtebauliche Gründe vorhanden, die die Notwendigkeit der Umwandlung als Wald genutzter Flächen begründen. Insbesondere die Möglichkeit der Innenentwicklung tritt hier hervor, da hier Nachverdichtungsmöglichkeiten in einer vorhandenen Baulücke genutzt werden. Mit einer aufzustellenden Eingriffsbilanzierung, die auch die Aufwertungspotenziale der erforderlichen Ersatzaufforstung einbindet, wird die notwendige Kompensation dargelegt und erforderlichenfalls Ersatzmaßnahmen nachgewiesen.</p>

Stellungnahmen zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB):	Abwägungsvorschlag:
<p><b>Landkreis Emsland: Schreiben vom 24.08.2022</b></p> <p>unmittelbar an das Plangebiet angrenzenden Biotoptypen (Schutzgut Arten- und Lebensgemeinschaften) zu betrachten.</p> <p>Aus einer zu erarbeitenden Eingriffsbilanzierung, die sich aus der Eingriffsregelung nach dem BNatSchG ergibt, sind die Art, die Lage und der Umfang der Kompensationsmaßnahmen abzuleiten und spätestens auf der Ebene der verbindlichen Bauleitplanung konkret und detailliert (Plan und Text) darzustellen.</p> <p>Der Eingriff in Natur und Landschaft und die Umwandlung von Wald in eine andere Nutzungsart beruhen auf zwei unterschiedlichen Rechtsgrundlagen. Nach der sog. Waldumwandlung, die sich aus dem NWaldLG ergibt, erfolgt durch das Errichten der Baukörper und das Anlegen von Zuwegungen und Stellplätzen etc. eine Versiegelung offener Grundflächen, die wiederum nach dem BNatSchG als Eingriff in Natur und Landschaft zu werten ist. Beide Vorhaben sind entsprechend den Vorgaben der Rechtsgrundlagen durch geeignete Maßnahmen zu kompensieren.</p> <p><u>Abfallwirtschaft</u></p> <p>Die textlichen Festsetzungen sowie die Begründung sind wie folgt zu ergänzen: „Die Entsorgung der im Plangebiet anfallenden Abfälle erfolgt entsprechend den abfallrechtlichen Bestimmungen sowie den jeweils gültigen Satzungen zur Abfallentsorgung des Landkreises Emsland. Träger der öffentlichen Abfallentsorgung ist der Landkreis Emsland.“</p> <p>Zu den Planungsunterlagen wird folgender Hinweis gegeben:</p> <p>Die Zufahrt zu Abfallbehälterstandplätzen ist nach den geltenden Arbeitsschutzvorschriften so anzulegen, dass ein Rückwärtsfahren von Abfallsammelfahrzeugen nicht erforderlich ist.</p> <p>Die Befahrbarkeit des Plangebietes mit 3-achsigen Abfallsammelfahrzeugen ist durch ausreichend bemessene Straßen und geeignete Wendeanlagen gemäß den Anforderungen der Richtlinien für die Anlage von Stadtstraßen (RASt in der aktuellen Fassung Ausgabe 2006) zu gewährleisten. An Abfuhrtagen muss die zum Wenden benötigte Fläche der Wendeanlage von ruhendem Verkehr freigehalten werden. Das geplante Rückwärtsfahren und das Befahren von</p>	<p><u>Zu Abfallwirtschaft</u></p> <p>In die Planunterlage wird folgender Hinweis aufgenommen:</p> <p>„Die Entsorgung der im Plangebiet anfallenden Abfälle erfolgt entsprechend den abfallrechtlichen Bestimmungen sowie den jeweils gültigen Satzungen zur Abfallentsorgung des Landkreises Emsland. Träger der öffentlichen Abfallentsorgung ist der Landkreis Emsland. Anlieger der Stichstraßen müssen ihre Abfallbehälter an der nächstliegenden öffentlichen, von den Abfuhrfahrzeugen zu befahrenden Straße zur Abfuhr bereitstellen.“</p> <p>Die weiteren Hinweise werden soweit erforderlich bei der weiteren Planung berücksichtigt.</p>

<b>Stellungnahmen zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB):</b>	<b>Abwägungsvorschlag:</b>
<p><b>Landkreis Emsland: Schreiben vom 24.08.2022</b></p> <p>Stichstraßen ohne Wendemöglichkeit ist für Entsorgungsfahrzeuge bei der Sammelfahrt nicht zulässig.          Am Ende von Stichstraßen (Sackgassen) sollen in der Regel geeignete Wendeanlagen eingerichtet werden. Sofern in Einzelfällen nicht ausreichend dimensionierte Wendeanlagen angelegt werden können, müssen die Anlieger der entsprechenden Stichstraßen ihre Abfallbehälter an der nächstliegenden öffentlichen, von den Sammelfahrzeugen zu befahrenden Straße zur Abfuhr bereitstellen. Dabei ist zu beachten, dass geeignete Stellflächen für Abfallbehälter an den ordnungsgemäß zu befahrenden Straßen eingerichtet werden und dass die Entfernungen zwischen den jeweils betroffenen Grundstücken und den Abfallbehälterstandplätzen ein vertretbares Maß (i. d. R. 80 m) nicht überschreiten.</p> <p><u>Brandschutz</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Für sämtliche geplanten Maßnahmen ist die Löschwasserversorgung gemäß Arbeitsblatt W 405 zu beachten und sicherzustellen.</li> <li>• Die erforderlichen Straßen sind vor Fertigstellung der Gebäude so herzustellen, dass Feuerwehr und Rettungsfahrzeuge ungehindert zu den einzelnen Gebäuden gelangen können.</li> <li>• Die Vorgaben der §§ 1 und 2 der Allgemeinen Durchführungsverordnung zur Niedersächsischen Bauordnung (DVO-NBauO) sind zu beachten und umzusetzen.</li> <li>• Der Abstand der einzelnen Hydranten von den Gebäuden darf 150 m nicht überschreiten. Die Standorte der einzelnen Hydranten bzw. Wasserentnahmestellen sind mit dem zuständigen Brandschutzprüfer festzulegen.</li> </ul>	<p><u>Zu Brandschutz</u></p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen und in die Begründung aufgenommen.</p>

Stellungnahmen zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB):	Abwägungsvorschlag:
<p><b>Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie: Schreiben vom 24.08.2022</b></p> <p>... in Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange geben wir zum o.g. Vorhaben folgende Hinweise:</p> <p><b>Boden</b> Mit Grund und Boden ist gemäß §1a BauGB sparsam und schonend umzugehen und flächenbeanspruchende Maßnahmen sollten diesem Grundsatz entsprechen (LROP 3.1.1, 04). Als Datenbasis zur Bearbeitung des Schutzgutes Boden in der Planung empfehlen wir unsere Bodenkarte i.M. 1:50.000 (BK50) und ihre Vielzahl an Auswertungskarten – u.a. zu Suchräumen für schutzwürdige Böden und zu Empfindlichkeiten der Böden. Sofern genauere Informationen zu den Böden im Gebiet vorliegen, sollten diese zusätzlich herangezogen werden. Um möglichst hochwertige Grünflächen mit leistungsfähigen Böden im Plangebiet erhalten zu können, geben wir einige weitere bodenschutzfachliche Hinweise für die Planung. Entsprechend den Daten des LBEG sind die Böden empfindlich gegenüber Bodenverdichtung (siehe Auswertungskarte „Gefährdung der Bodenfunktionen durch Bodenverdichtung“ auf dem NIBIS Kartenserver). Verdichtungen sind durch geeignete Maßnahmen zu vermeiden – zum Schutz und zur Minderung der Beeinträchtigungen des Bodens. Vorhandener Oberboden sollte aufgrund §202 BauGB vor Baubeginn schonend abgetragen und einer ordnungsgemäßen Verwertung zugeführt werden. Im Rahmen der Bautätigkeiten sollten einige DIN-Normen aktiv Anwendung finden (v.a. DIN 19639 Bodenschutz bei Planung und Durchführung von Bauvorhaben, DIN 18915 Vegetationstechnik im Landschaftsbau - Bodenarbeiten, DIN 19731 Verwertung von Bodenmaterial). Um dauerhaft negative Auswirkungen auf die von Bebauung freizuhaltenden Bereiche zu vermeiden, sollte der Boden im Bereich der Bewegungs-, Arbeits- und Lagerflächen durch geeignete Maßnahmen (z.B. Überfahrungsverbotzonen, Baggermatten) geschützt werden. Boden sollte im Allgemeinen schichtgetreu ab- und aufgetragen werden. Die Lagerung von Boden in Bodenmieten sollte ortsnahe, schichtgetreu, in möglichst kurzer Dauer und entsprechend vor Witterung geschützt vorgenommen werden (u.a. gemäß</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen und beachtet.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die aufgeführten im Internet verfügbaren Kartenwerke wurden in die Bewertung einbezogen.</p>

<b>Stellungnahmen zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB):</b>	<b>Abwägungsvorschlag:</b>
<p><b>Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie: Schreiben vom 24.08.2022</b></p> <p>DIN 19639). Außerdem sollte das Vermischen von Böden verschiedener Herkunft oder mit unterschiedlichen Eigenschaften vermieden werden. Auf verdichtungsempfindlichen Flächen sollten Stahlplatten oder Baggermatten zum Schutz vor mechanischen Belastungen ausgelegt werden. Besonders bei diesen Böden sollte auf die Witterung und den Feuchtegehalt im Boden geachtet werden, um Strukturschäden zu vermeiden.</p> <p>Der Geobericht 28 Bodenschutz beim Bauen des LBEG dient als Leitfaden zu diesem Thema. Weitere Hinweise zur Vermeidung und Minderung von Bodenbeeinträchtigungen sowie zur Wiederherstellung von Bodenfunktionen sind zudem in Geofakt 31 Erhalt und Wiederherstellung von Bodenfunktionen in der Planungspraxis zu finden.</p> <p><b>Hinweise</b></p> <p>Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen erfolgen, verweisen wir für Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den NIBIS-Kartenserver. Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht.</p> <p>Geotechnische Baugrunderkundungen/-untersuchungen sowie die Erstellung des geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen.</p> <p>Ob im Vorhabensgebiet eine Erlaubnis gem. § 7 BBergG oder eine Bewilligung gem. § 8 BBergG erteilt und/oder ein Bergwerkseigentum gem. §§ 9 und 149 BBergG verliehen bzw. aufrecht erhalten wurde, können Sie dem NIBIS-Kartenserver entnehmen. Wir bitten Sie, den dort genannten Berechtigungsinhaber ggf. am Verfahren zu beteiligen. Rückfragen zu diesem Thema richten Sie bitte direkt an <a href="mailto:markscheiderei@lbeg.niedersachsen.de">markscheiderei@lbeg.niedersachsen.de</a>.</p> <p>Informationen über möglicherweise vorhandene Salzabbaugerechtigkeiten finden Sie unter <a href="http://www.lbeg.niedersachsen.de/Bergbau/Bergbauberechtigungen/Alte_Rechte">www.lbeg.niedersachsen.de/Bergbau/Bergbauberechtigungen/Alte_Rechte</a>.</p> <p>In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen.</p>	

<b>Stellungnahmen zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB):</b>	<b>Abwägungsvorschlag:</b>
<b>Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie: Schreiben vom 24.08.2022</b>  Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.	



<b>Stellungnahmen zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB):</b>	<b>Abwägungsvorschlag:</b>
<p><b>Telekom Deutschland GmbH: Schreiben vom 22.08.2022</b></p> <p>... die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung: Die Telekom wird die Voraussetzungen zur Errichtung eigener TK-Linien im Baugebiet prüfen. Je nach Ausgang dieser Prüfung wird die Telekom eine Ausbauentscheidung treffen. Vor diesem Hintergrund behält sich die Telekom vor, bei einem bereits bestehenden oder geplanten Ausbau einer TK-Infrastruktur durch einen anderen Anbieter auf die Errichtung eines eigenen Netzes zu verzichten. Die Versorgung der Bürger mit Universaldienstleistungen nach § 78 TKG wird sichergestellt. Wir bitten Sie, Beginn und Ablauf der Erschließungsmaßnahmen im Bebauungsplangebiet der Deutschen Telekom Technik GmbH so früh wie möglich, mindestens zwei Monate vor Baubeginn, schriftlich anzuzeigen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Hinweise zur Erschließung sind nicht Gegenstand des Bauleitplanverfahrens, sondern der Ausbauplanung. Diese wird rechtzeitig mit den Versorgungsträgern abgestimmt.</p>

<b>Stellungnahmen zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB):</b>	<b>Abwägungsvorschlag:</b>
<p><b>Vodafone GmbH / Vodafone Kabel Deutschland GmbH: Schreiben vom 15.08.2022</b></p> <p>wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 26.07.2022.  Eine Ausbauentcheidung trifft Vodafone nach internen Wirtschaftlichkeitskriterien. Dazu erfolgt eine Bewertung entsprechend Ihrer Anfrage zu einem Neubaugebiet. Bei Interesse setzen Sie sich bitte mit dem Team Neubaugebiete in Verbindung:  Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH  Neubaugebiete KMU  Südwestpark 15  90449 Nürnberg  Neubaugebiete.de@vodafone.com  Bitte legen Sie einen Erschließungsplan des Gebietes Ihrer Kostenanfrage bei.</p> <p>wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 26.07.2022.  Im Planbereich befinden sich Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens, deren Lage auf den beiliegenden Bestandsplänen dargestellt ist. Wir weisen darauf hin, dass unsere Anlagen bei der Bauausführung zu schützen bzw. zu sichern sind, nicht überbaut und vorhandene Überdeckungen nicht verringert werden dürfen.  Sollte eine Umverlegung oder Baufeldfreimachung unserer Telekommunikationsanlagen erforderlich werden, benötigen wir mindestens drei Monate vor Baubeginn Ihren Auftrag an TDRC-N.Bremen@vodafone.com, um eine Planung und Bauvorbereitung zu veranlassen sowie die notwendigen Arbeiten durchführen zu können.  Wir weisen Sie ebenfalls darauf hin, dass uns ggf. (z.B. bei städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen) die durch den Ersatz oder die Verlegung unserer Telekommunikationsanlagen entstehenden Kosten nach § 150 (1) BauGB zu erstatten sind.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>

<b>Stellungnahmen zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB):</b>	<b>Abwägungsvorschlag:</b>
<b>Amt für regionale Landesentwicklung Weser-Ems: Schreiben vom 11.08.2022</b>  ... der vorgelegte Planentwurf überdeckt einen Flächenbereich, in dem kein Bodenordnungsverfahren nach dem Flurbereinigungsgesetz anhängig und auch in absehbarer Zukunft kein entsprechendes Verfahren geplant ist. Gegen die Planung bestehen insgesamt aus Sicht des Amtes für regionale Landesentwicklung Weser-Ems, Geschäftsstelle Meppen, keine Bedenken. Eine Begutachtung des o. g. Planentwurfes ist insoweit nicht erforderlich.	  Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

<b>Stellungnahmen zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB):</b>	<b>Abwägungsvorschlag:</b>
<b>Niedersächsische Landesforsten Forstamt Ankum: Schreiben vom 27.07.2022</b>  für die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme bedanke ich mich. Aus hiesiger Sicht bestehen keine grundsätzlichen Bedenken gegen die o. g. Planungen.	<div></div> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

<b>Stellungnahmen zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB):</b>	<b>Abwägungsvorschlag:</b>
<b>Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr: Schreiben vom 26.07.2022</b>  ... durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr berührt, jedoch nicht beeinträchtigt.  Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.	<div style="background-color: #e6f2ff; height: 180px; width: 100%;"></div> Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

<b>Stellungnahmen zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB):</b>	<b>Abwägungsvorschlag:</b>
<b>Handwerkskammer Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim: Schreiben vom 15.08.2022</b>	
... gegen den o.g. Planungsentwurf bestehen aus handwerklicher Sicht keine Bedenken.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

<b>Stellungnahmen zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB):</b>	<b>Abwägungsvorschlag:</b>
<p><b>EWE NETZ GmbH: Schreiben vom 05.08.2022</b></p> <p>Im Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befinden sich Versorgungsleitungen und/oder Anlagen der EWE NETZ GmbH. Diese Leitungen und Anlagen sind in ihren Trassen (Lage) und Standorten (Bestand) grundsätzlich zu erhalten und dürfen weder beschädigt, überbaut, überpflanzt oder anderweitig gefährdet werden. Bitte stellen Sie sicher, dass diese Leitungen und Anlagen durch Ihr Vorhaben weder technisch noch rechtlich beeinträchtigt werden. Sollte sich durch Ihr Vorhaben die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, sollen dafür die gesetzlichen Vorgaben und die anerkannten Regeln der Technik gelten. Gleiches gilt auch für die gegebenenfalls notwendige Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen und Anlagen durch EWE NETZ. Bitte planen Sie in diesem Fall Versorgungstreifen bzw. -korridore für Telekommunikationslinien, Elektrizitäts- und Gasversorgungsleitungen gemäß DIN 1998 (von min. 2,2 m) mit ein. Weiterhin kann für die Stromversorgung von Baugebieten o. Ä. zusätzlich die Installation einer Trafostation erforderlich sein. Für die Auswahl eines geeigneten Stationsplatzes (ca. 6m x 4m) möchten wir Sie bitten, uns in weitere Planungen frühzeitig mit einzubinden. Bitte informieren Sie uns zudem, wenn ein wärmetechnisches Versorgungskonzept umgesetzt wird oder im Schwerpunkt auf den Einsatz von fossilen Brennstoffen (z.B. durch Einsatz von Wärmepumpen o. ä.) verzichtet werden soll. Die Kosten der Anpassungen bzw. der Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt. Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen. Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen. Dies gilt auch für den Fall der Erschließung des Plangebietes mit Versorgungsleitungen durch EWE NETZ, denn hierfür sind beispielsweise Lage und Nutzung der Versorgungsleitung und die sich daraus ableitenden wirtschaftlichen Bedingungen wesentliche Faktoren.</p>	<p>Die Hinweise zur Erschließung sind nicht Gegenstand des Bauleitplanverfahrens, sondern der Ausbauplanung. Diese wird rechtzeitig mit den Versorgungsträgern abgestimmt.</p>

<b>Stellungnahmen zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB):</b>	<b>Abwägungsvorschlag:</b>
<b>Avacon Netz GmbH: Schreiben vom 27.07.2022</b>  Im Anfragebereich befinden sich keine Versorgungsanlagen von Avacon Netz GmbH/ Purena GmbH / WEVG GmbH & Co KG. Bitte beachten Sie, dass die Markierung dem Auskunftsbereich entspricht und dieser einzuhalten ist. Wir bitten Sie, uns am weiteren Verfahren zu beteiligen. Achtung: Im o. g. Auskunftsbereich können Versorgungsanlagen liegen, die nicht in der Rechtsträgerschaft der oben aufgeführten Unternehmen liegen. Bei Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung	  Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. In Bezug Versorgungsanlagen wurden die zuständigen Träger öffentlicher Belange beteiligt.



<b>Stellungnahmen zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB):</b>	<b>Abwägungsvorschlag:</b>
<p><b>Wasserverband Hümmling: Schreiben vom 28.07.2022</b></p> <p>... gegen die o.g. vorgesehene Änderung des Bebauungsplanes bestehen seitens des Wasserverbandes Hümmling keine grundsätzlichen Bedenken. Auf die im Planbereich auf der Westseite des Bolwinsweges im Bereich der geplanten öffentlichen Grünfläche verlegte Trinkwasserversorgungsleitung sowie mehrere Hausanschlussleitungen zur Versorgung der auf der Westseite des Bolwinsweges vorhandenen Wohnbebauung wird hingewiesen. Die Leitungstrassen sind von jeglicher Bepflanzung, insbesondere Baumbepflanzung, frei zu halten. Erdarbeiten in Leitungsnähe sind erst nach Bestimmung der genauen Leitungslage von Hand und mit entsprechender Vorsicht durchzuführen.</p> <p>Die Lage der vorhandenen Leitungen ist dem anbei liegenden Lageplan zu entnehmen. Sofern vorgesehen ist, die vorhandene Bebauung im Planbereich (Bolwinsweg 31, 33 und 45) zur Errichtung des geplanten Wohnquartiers zu beseitigen, wird um rechtzeitige Benachrichtigung gebeten, um die dort vorhandenen Trinkwasserhausanschlüsse sachgerecht stilllegen zu können.</p> <p>Ferner wird es zur trinkwasserseitigen Erschließung des Plangebietes und zur späteren Überwachung und Wartung des Rohrleitungsnetzes erforderlich, seitens des Maßnahmenträgers im öffentlichen Verkehrsraum entlang der Straßen des Plangebietes einseitig einen Streifen mit einer Breite von rd. 1,25 m zur Verfügung gestellt zu bekommen, der frei von Baumbepflanzungen und Befestigungen ist. Soweit eine Oberflächenbefestigung des Leitungstreifens dennoch vorgesehen ist, ist ein wiederverwendbarer Platten- oder Pflasterbelag zu wählen (kein Asphalt).</p> <p>Bei der Durchführung der Ersatz- und Kompensationsmaßnahmen für den Eingriff in den Naturhaushalt und das Landschaftsbild ist ein Mindestabstand von 2,5 m zu vorhandenen und geplanten Wasserleitungen insbesondere mit Baumbepflanzungen einzuhalten. Auf das DVGW Arbeitsblatt GW 125 wird in diesem Zusammenhang hingewiesen.</p> <p>Hinsichtlich des erforderlichen Umfangs und Detaillierungsgrades der Umweltprüfung sind aus Sicht des Verbandes keine Anmerkungen zu machen.</p>	<p>Die Hinweise zur Erschließung sind nicht Gegenstand des Bauleitplanverfahrens, sondern der Ausbauplanung. Diese wird rechtzeitig mit den Versorgungsträgern abgestimmt.</p>

Stellungnahmen zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB):	Abwägungsvorschlag:
<b>TenneT TSO GmbH: Schreiben vom 01.08.2022</b>  Das im Betreff genannte Vorhaben berührt keine von uns wahrzunehmenden Belange. Es ist keine Planung von uns eingeleitet oder beabsichtigt. Zur Vermeidung von Verwaltungsaufwand bitten wir Sie, uns an diesem Verfahren nicht weiter zu beteiligen.	  Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Stellungnahmen zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB):	Abwägungsvorschlag:
<p><b>Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen Regionaldirektion Hameln - Hannover Kampfmittelbeseitigungsdienst: Schreiben vom 11.08.2022</b></p> <p>Sie haben das Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN), Regionaldirektion Hameln - Hannover (Dezernat 5 - Kampfmittelbeseitigungsdienst (KBD)) als Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Baugesetzbuch (BauGB) beteiligt. Meine Ausführungen hierzu entnehmen Sie bitte der zweiten Seite; diese Stellungnahme ergeht kostenfrei.</p> <p>Sofern in meinen anliegenden Ausführungen eine weitere Gefahrenerforschung empfohlen wird, mache ich darauf aufmerksam, dass die Gemeinden als Behörden der Gefahrenabwehr auch für die Maßnahmen der Gefahrenerforschung zuständig sind.</p> <p>Eine Maßnahme der Gefahrenerforschung kann eine historische Erkundung sein, bei der alliierte Kriegsluftbilder für die Ermittlung von Kriegseinwirkungen durch Abwurfmunition ausgewertet werden (Luftbildauswertung). Der KBD hat nicht die Aufgabe, alliierte Luftbilder zu Zwecken der Bauleitplanung oder des Bauordnungsrechts kostenfrei auszuwerten. Die Luftbildauswertung ist vielmehr gem. § 6 Niedersächsisches Umweltinformationsgesetz (NUIG) in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Niedersächsisches Verwaltungskostengesetz (NVwKostG) auch für Behörden kostenpflichtig.</p> <p>Die Bearbeitungszeit für Luftbildauswertungen beträgt derzeit beim KBD ca. 16 Wochen ab Antragstellung. Da diese Zeitspanne zwischen Erteilung einer Baugenehmigung und dem Baubeginn erfahrungsgemäß nicht verfügbar ist, empfehlen wir den Kommunen eine rechtzeitige Antragstellung.</p>	<p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>In die Planunterlag soll folgender Hinweis aufgenommen werden: „Es kann nicht unterstellt werden, dass keine Kampfmittelbelastung im Plangebiet vorliegt.“</p> <p>Das Plangebiet liegt inmitten eines seit Jahrzehnten bestehenden Wohnquartiers. Hier wurden in der direkten Nachbarschaft wurden umfangreiche auch tiefere Erdarbeiten und Gebäude erstellt. Dabei wurden keine Verdachtsmomente hinsichtlich Kampfmittel. Daher kann auch angenommen werden, dass es auch im Plangebiet dieser Bebauungsplanänderung keine Verdachtsmomente oder Hinweise auf Kampfmittel gibt. Aus diesem Grund wurde auf eine weitergehende Sondierung oder Auswertung verzichtet.</p>

Stellungnahmen zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB):	Abwägungsvorschlag:
<p><b>Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen Regionaldirektion Hameln - Hannover Kampfmittelbeseitigungsdienst: Schreiben vom 11.08.2022</b></p> <p><b>Stellungnahme zum öffentlichen Belang: Kampfmittelbeseitigung</b></p> <p><b>Betreff: Papenburg, Bolwinsweg, B Plan 118</b></p> <p>Antragsteller: Stadt Papenburg</p> <p>Für die Planfläche liegen dem Kampfmittelbeseitigungsdienst Niedersachsen die folgenden Erkenntnisse vor (siehe beigegefügte Kartenunterlage) :</p> <p><u>Empfehlung: Luftbildauswertung</u></p> <p><b>Fläche A</b></p> <p><i>Luftbilder:</i> Die derzeit vorliegenden Luftbilder wurden nicht vollständig ausgewertet. <i>Luftbildauswertung:</i> Es wurde keine Luftbildauswertung durchgeführt. <i>Sondierung:</i> Es wurde keine Sondierung durchgeführt. <i>Räumung:</i> Die Fläche wurde nicht geräumt. <i>Belastung:</i> Es besteht der allgemeine Verdacht auf Kampfmittel.</p> <p>In der vorstehenden Empfehlung sind die Erkenntnisse aus der Zeit vor der Einführung des Kampfmittelinformationssystems Niedersachsen (KISNi), dem 11.06.2018, nicht eingeflossen, da sie nicht dem Qualitätsstand von KISNi entsprechen. Sie können natürlich trotzdem von den Kommunen in eigener Zuständigkeit berücksichtigt werden.</p> <p><b>Bitte senden Sie uns, nach Übernahme unserer Stellungnahme, zur Arbeitserleichterung keine weiteren Schreiben in dieser Angelegenheit zu.</b></p>	

<b>Stellungnahmen zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB):</b>	<b>Abwägungsvorschlag:</b>
<b>Unterhaltungsverband 104 „EMS IV“: Schreiben vom 22.08.2022</b>	
<p>... seitens des Unterhaltungsverbandes 104 „Ems IV“ bestehen keine grundsätzlichen Bedenken, wenn folgende Auflage und Bedingung eingehalten wird:</p> <p>1. Der UV 104 „Ems IV“ ist am wasserrechtlichen Verfahren zu beteiligen.</p> <p>Um Übersendung einer Durchschrift der Genehmigung wird gebeten.</p>	<p>Im Falle eines ggfs. erforderlichen wasserrechtlichen Genehmigungsverfahrens wird davon ausgegangen, dass der Unterhaltungsverband 104 „Ems IV“ beteiligt wird. Verfahrensträger ist hier jedoch der Landkreis Emsland.</p>

Stellungnahmen zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB):	Abwägungsvorschlag:
<p><b>Anlieger Bolwinsweg 29: Schreiben vom 10.10.2022</b></p> <p>Vor Kaufabsicht des Grundstücks am Bolwinsweg 29, habe ich 2005 Einsicht in den B-Plan 118 "Sportpark Obenende" beim Bauamt Papenburg genommen. Nachbargebäude waren bereits in den 60er Jahren errichtet worden und würden deshalb in absehbarer Zeit erneuert werden, daher meine Anfrage.</p> <p>Mir wurde vom damaligen Bauamtsmitarbeiter Herrn Schwede versichert, dass zukünftig entstehende Gebäude in der Nachbarschaft, lt. B-Plan 118, nicht höher sein dürfen als 1,5-geschossig und ebenso wurde mir versichert, dass die Bautiefe von 30,0m eingehalten werden muss. Also keine Bebauung in zweiter Reihe. Besagter B-Plan 118 befindet sich als Auszug in Kopie bei meinen Bauunterlagen.</p> <p>Daraufhin habe ich das Grundstück gekauft und auf meinem Dach eine Fotovoltaikanlage installiert. Diese Fotovoltaikanlage kompensiert einen Großteil des Kilowattverbrauchs der Wärmepumpe. Wird jetzt ein höheres Gebäude in der Nachbarschaft errichtet, wird durch den Schattenwurf die Fotovoltaikanlage weniger Strom produzieren und mir entsteht ein finanzieller Schaden. Die Fotovoltaikanlage kann nicht mehr kostendeckend Strom produzieren.</p> <p>Bin mittlerweile Rentnerin und auf die Einnahmen zur Deckung der Energiekosten angewiesen.</p> <p>Ebenso verliert das Grundstück erheblich an Wert, durch die vorgesehene Bebauung in zweiter Reihe.</p> <p>Dies ist um so ärgerlicher, als dass mir seinerzeit das Grundstück von der Familie Bolwin zu einem deutlich höheren Preis, als ortsüblich, verkauft wurde, mit der Begründung der außergewöhnlichen Lage inmitten von Grün ohne hintere Bebauung. Davon kann zukünftig keine Rede mehr sein.</p>	<p>Ausweislich der vom Architekturbüro Kuper skizzierten Beschattungsmodelle für die unterschiedlichen Jahreszeiten kommt es lediglich in den Wintermonaten ab etwa 14 Uhr zur Beschattung der benachbarten Dachflächen (vgl. Anlage 1).</p> <p>Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen hat hinsichtlich der Thematik „Verschattungen einer PV-Anlage durch Bebauung des Nachbargrundstücks“ (Beschluss vom 17.12.2020 – 7 B 1616/20) im Tenor festgestellt, dass wenn durch ein Bauvorhaben auf einem Nachbargrundstück Verschattungen einer Photovoltaik-Anlage entstehen, darin keine Verletzung des Gebots der Rücksichtnahme liegt, wenn die bauordnungsrechtlichen Abstandsflächen eingehalten sind.</p> <p>In dem Beschluss wird u.a. ausgeführt:</p> <p><i>„Ebenso wenig ergibt sich aus dem Beschwerdevorbringen des Antragstellers ein Verstoß gegen das Gebot der Rücksichtnahme wegen der geltend gemachten Verschattung seiner Photovoltaikanlage. Das Verwaltungsgericht hat näher begründet, weshalb von einer unzumutbaren Verschattung der Photovoltaikanlage des Antragstellers durch das Gebäude der Beigeladenen nicht auszugehen sei (vgl. Seite 8 des Beschlussabdrucks); diese Erwägungen werden durch das Beschwerdevorbringen nicht durchgreifend erschüttert. Für die Beurteilung der Zumutbarkeit einer Verschattung durch einen Baukörper gibt es keinen normativ verbindlichen Maßstab. Die Frage ist nach den Umständen des Einzelfalls im Rahmen einer wertenden Gesamtbetrachtung zu beurteilen. Aus Sicht des bauplanungsrechtlichen Rücksichtnahmegebots sind Verschattungseffekte aber regelmäßig hinzunehmen, wenn die landesrechtlichen Abstandsflächen eingehalten sind, die gerade darauf abzielen, eine ausreichende Belüftung und Besonnung von Nachbargrundstücken sicherzustellen.“</i> (Vgl. OVG NRW, Beschluss vom 16.11.2020 - 2 B 1537/20)</p> <p>Weiter: <i>„Werden die bauordnungsrechtlichen vorgeschriebenen Abstandsflächen gegenüber einem Grundstück mit einem mit einer Photovoltaikanlage ausgerüsteten Gebäude eingehalten, ist deshalb auch eine vorhabenbedingte teilweise Verschattung der Anlage grundsätzlich nicht als Verstoß gegen das Gebot der Rücksichtnahme zu werten.“</i> (vgl. VG Saarland, Beschluss vom 6.1.2016 - 5 L 1961/15)</p>

Stellungnahmen zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und  
sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß  
§§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB):

Abwägungsvorschlag:

Anlage 1

Schattenmodell:  
Bolwinsweg 29, 26871 Papenburg

Architekturbüro Hans Kuper

Stellungnahmen zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und  
sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß  
§§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB):

Abwägungsvorschlag:

Anlage 1

Schattenmodell:  
Bolwinsweg 29, 26871 Papenburg

Architekturbüro Hans Kuper



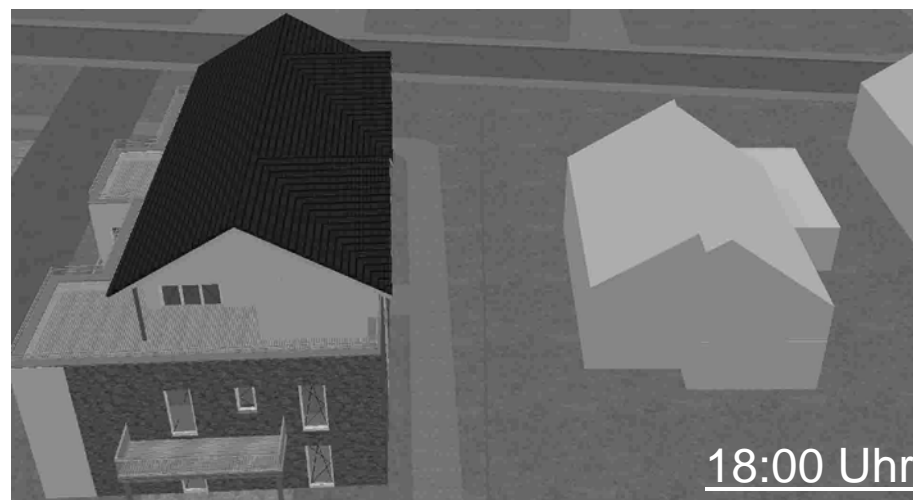
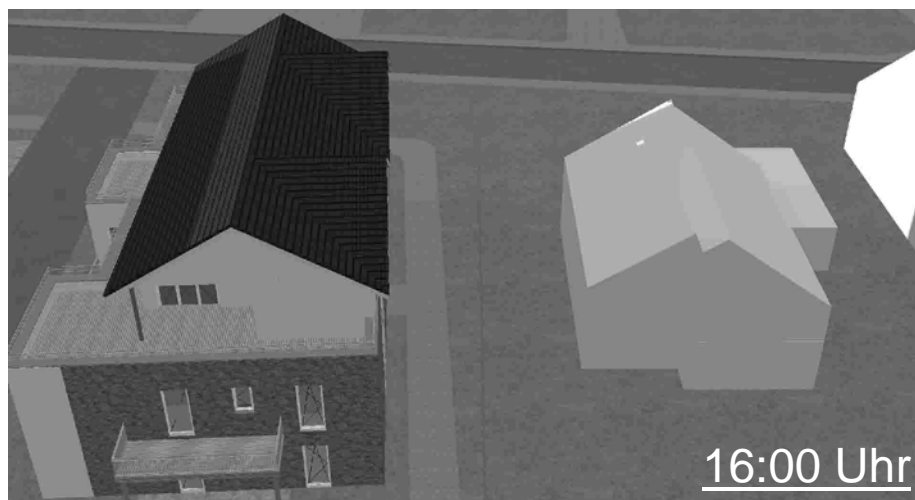
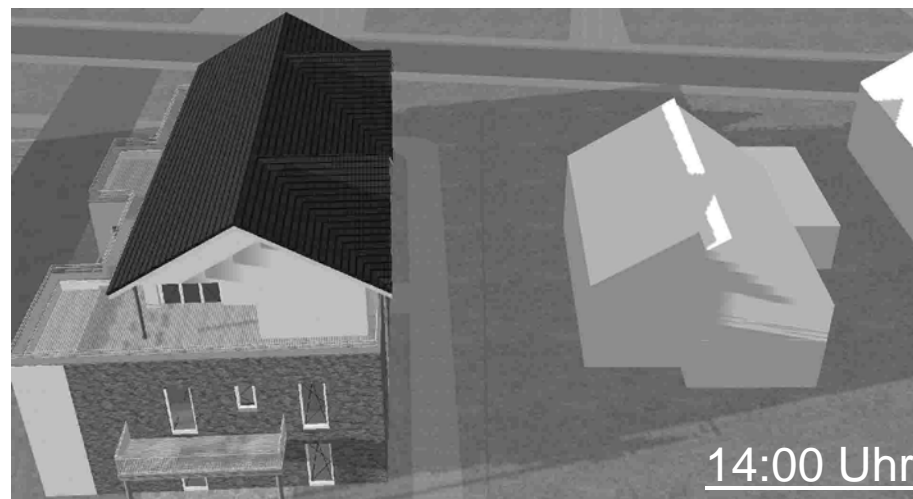
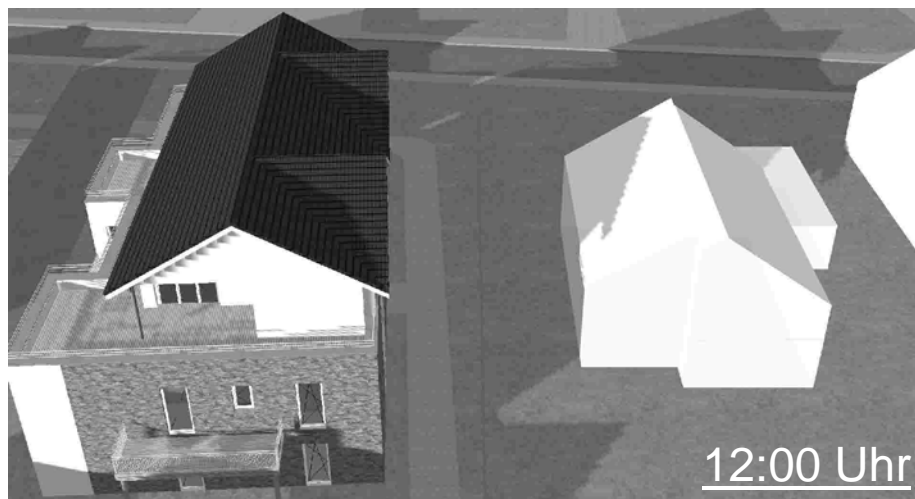
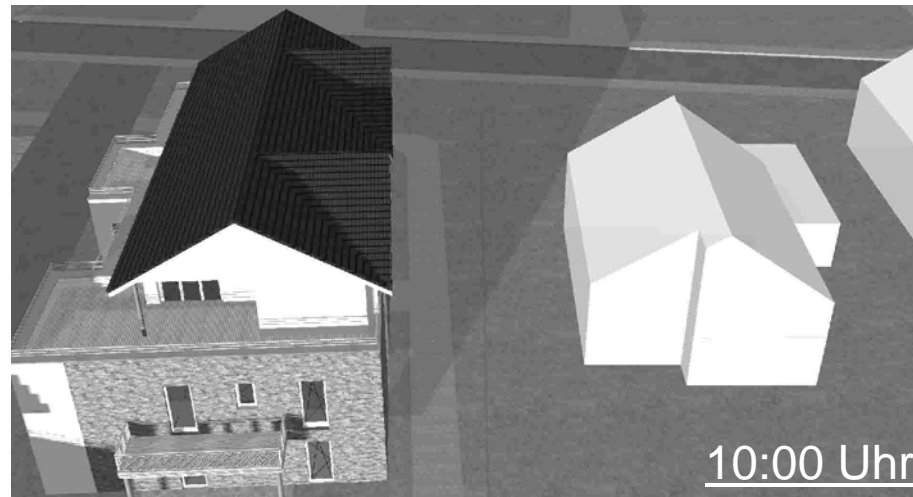


ARCHITEKTURBÜRO  
HANS KUPER

Schattenmodell:

Bolwinsweg 29, 26871 Papenburg

**Stand: 01.01.**



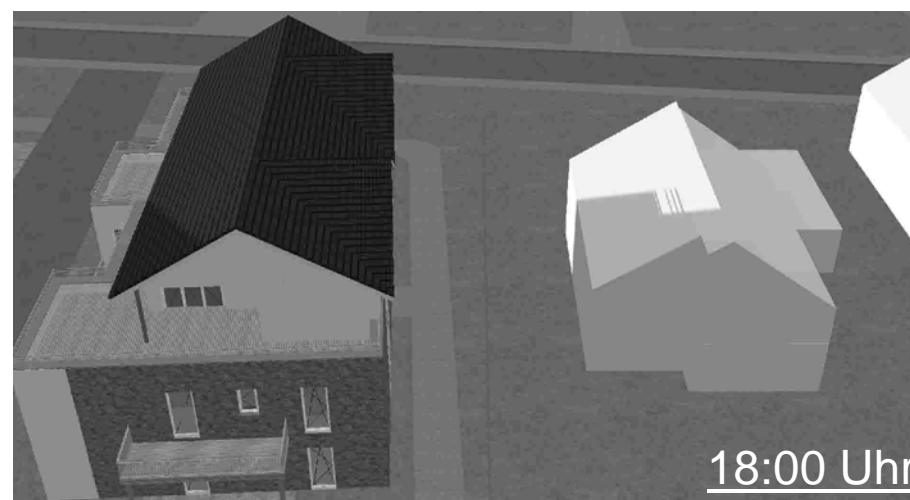
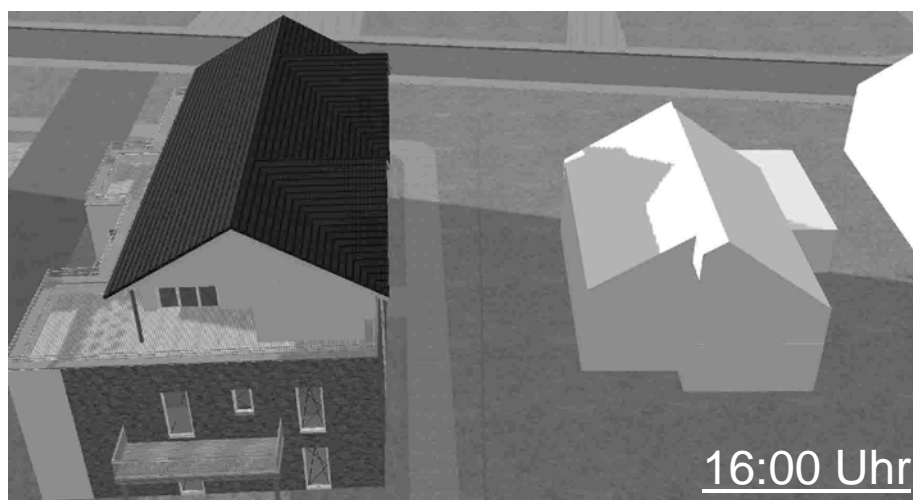
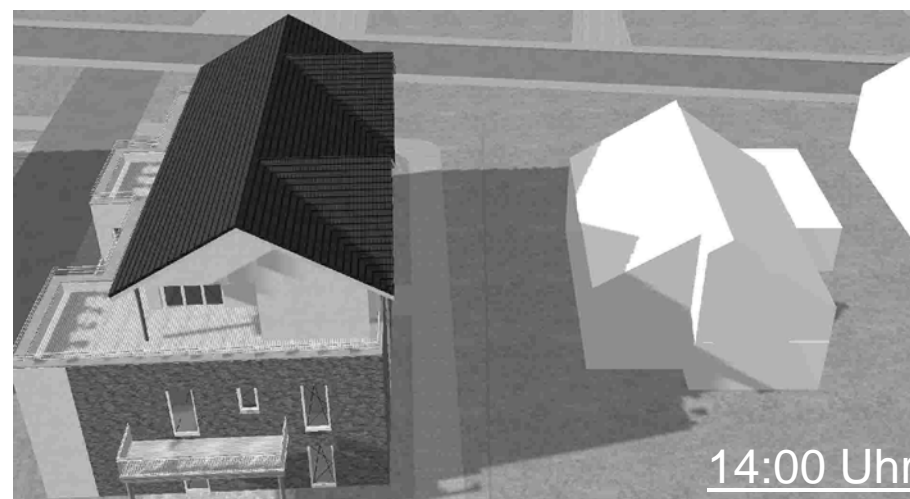
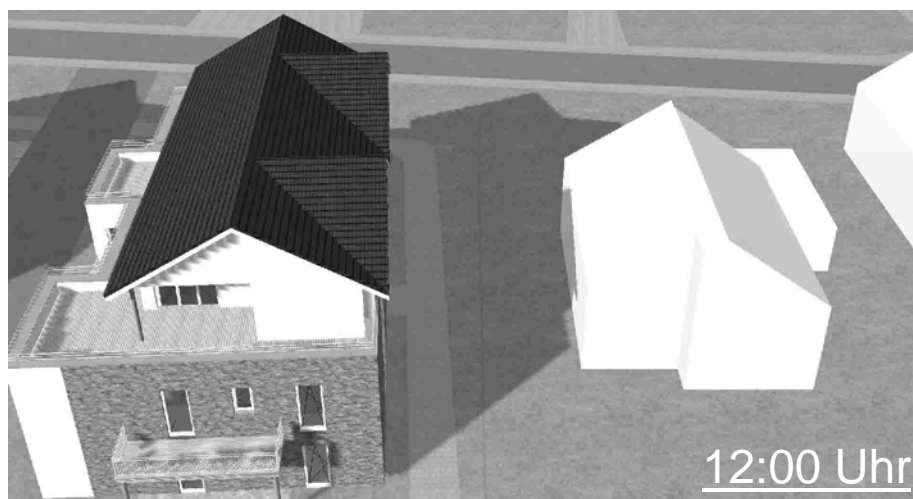
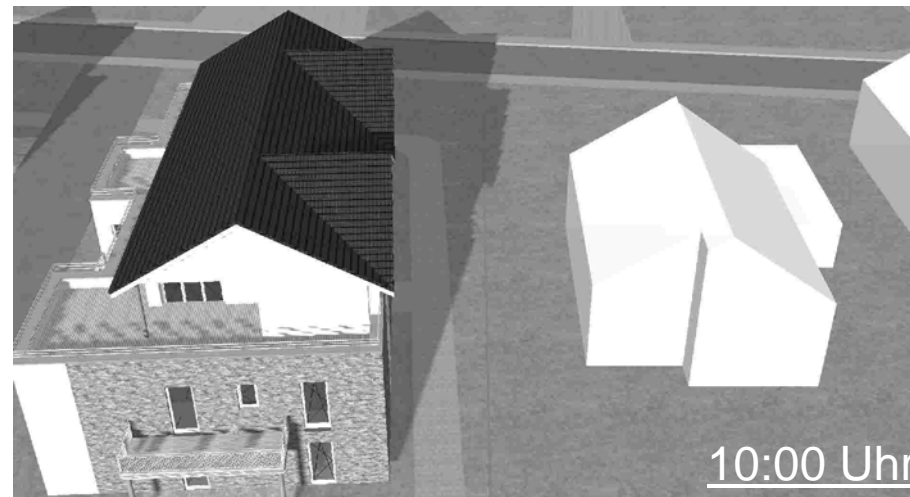


ARCHITEKTURBÜRO  
HANS KUPER

Schattenmodell:

Bolwinsweg 29, 26871 Papenburg

**Stand: 01.03.**



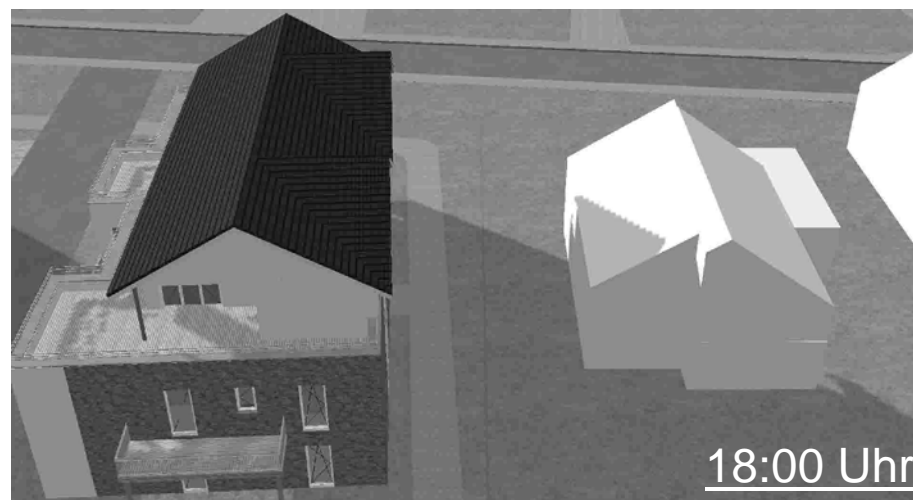
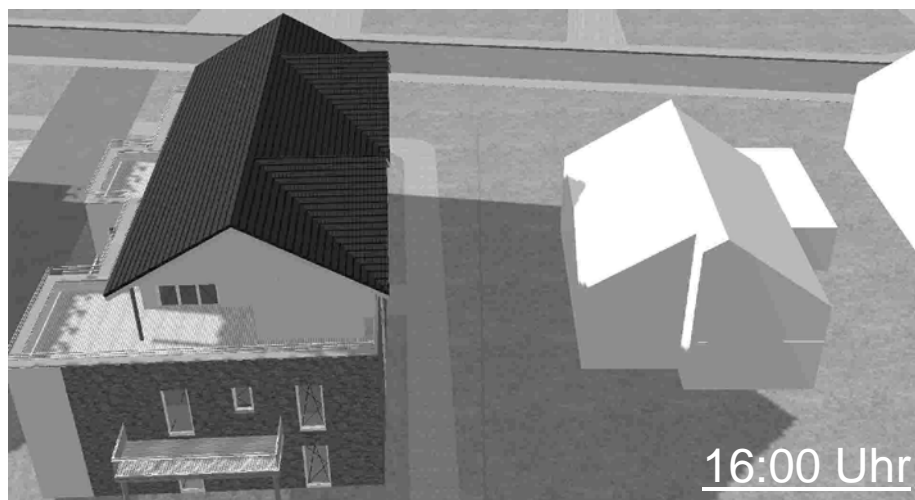
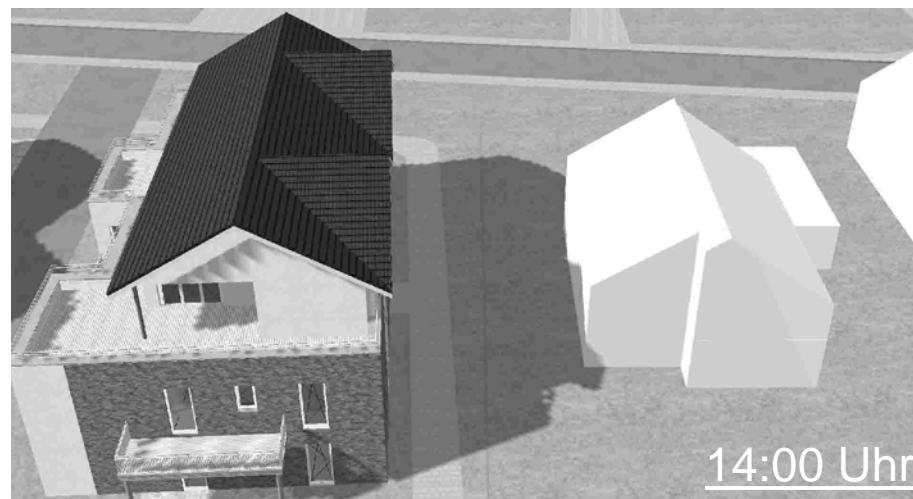
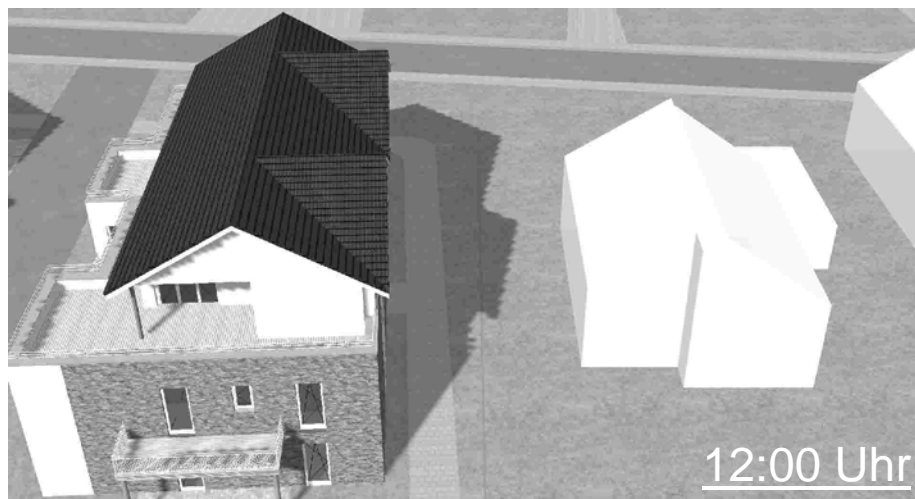
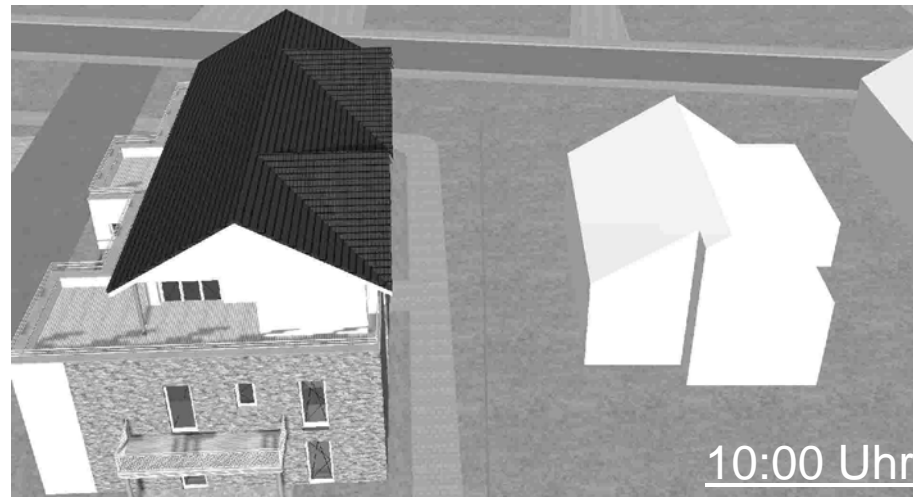


ARCHITEKTURBÜRO  
HANS KUPER

Schattenmodell:

Bolwinsweg 29, 26871 Papenburg

**Stand: 01.04.**





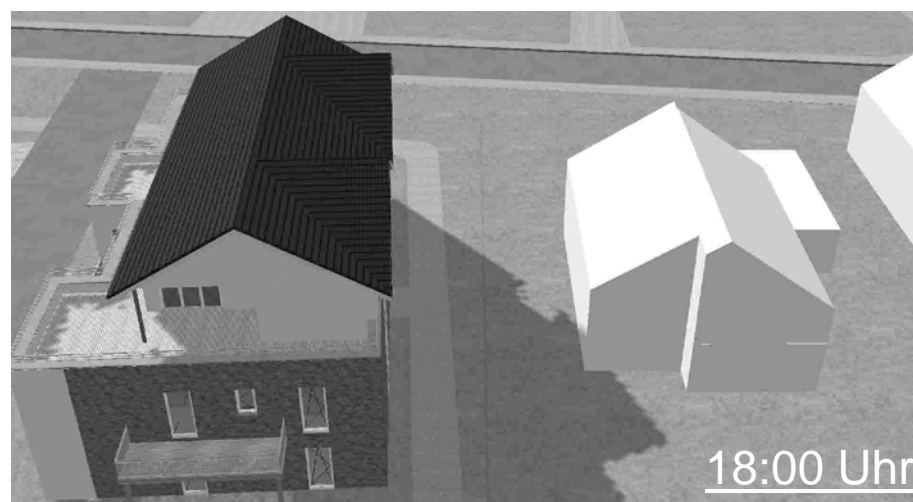
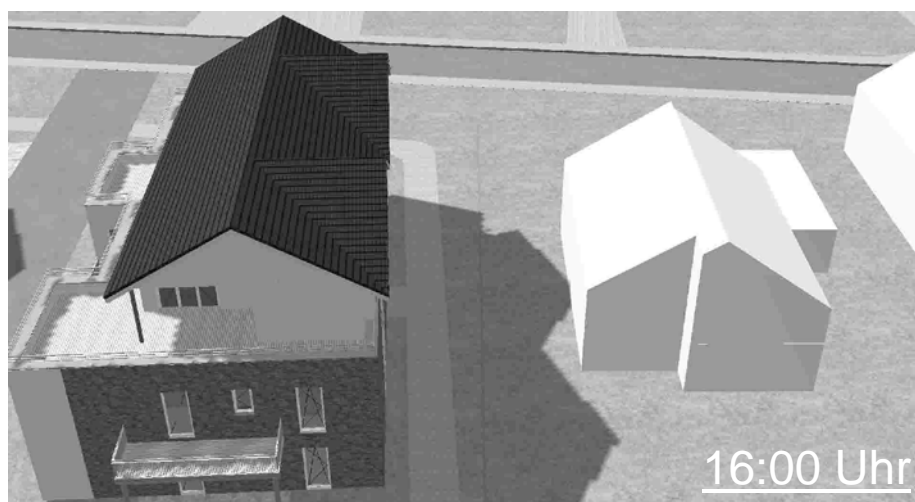
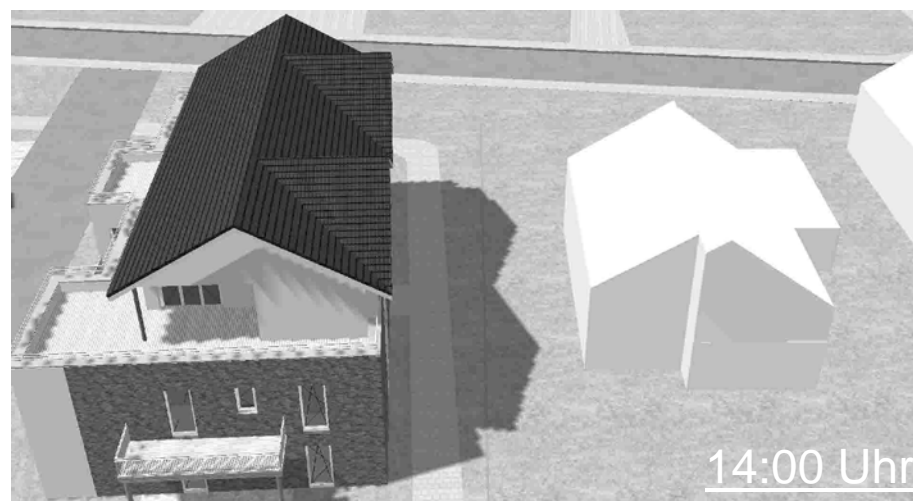
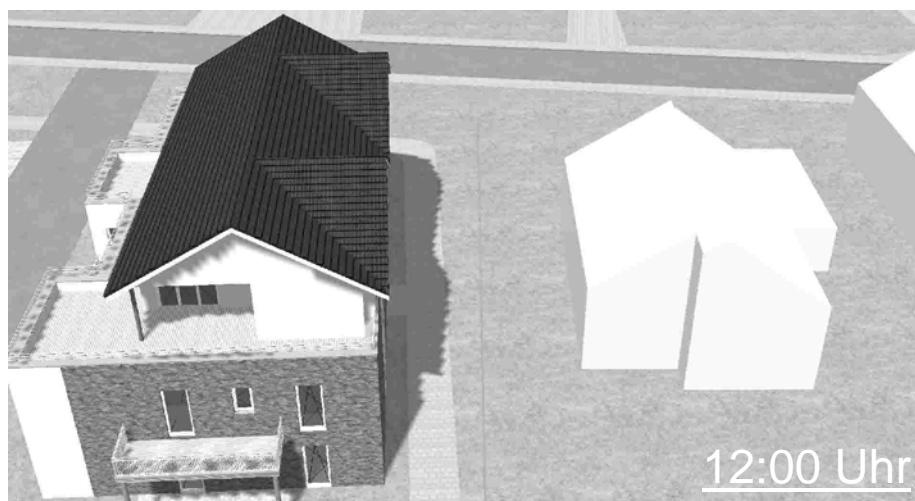
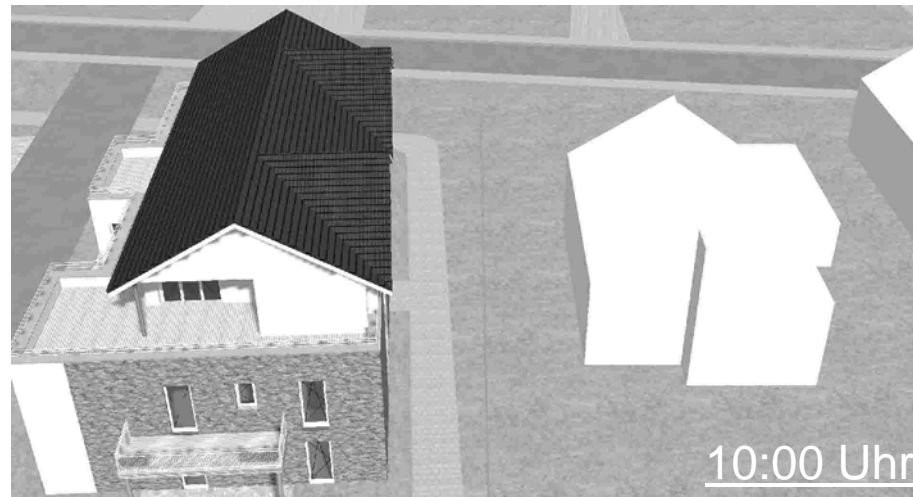


ARCHITEKTURBÜRO  
HANS KUPER

Schattenmodell:

Bolwinsweg 29, 26871 Papenburg

**Stand: 01.06.**



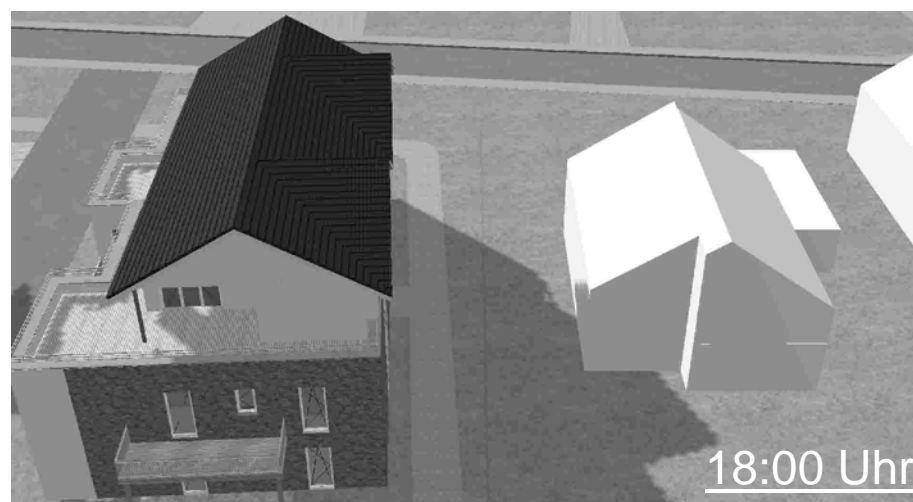
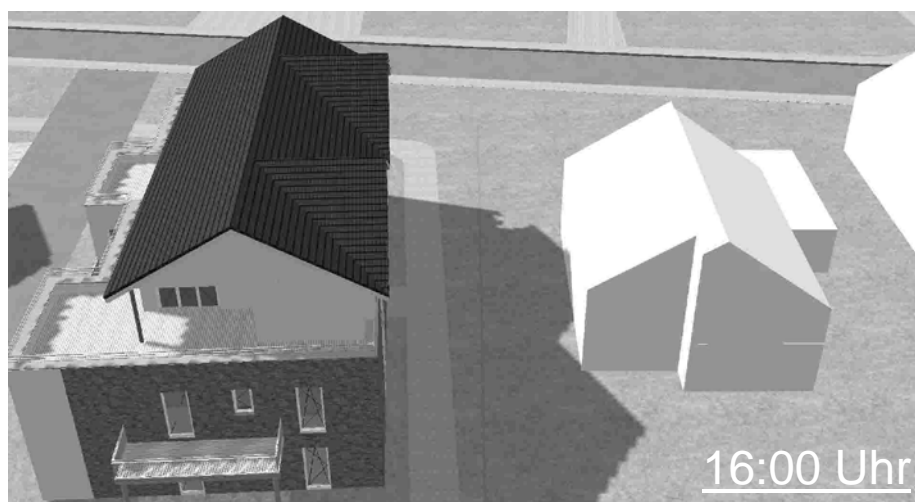
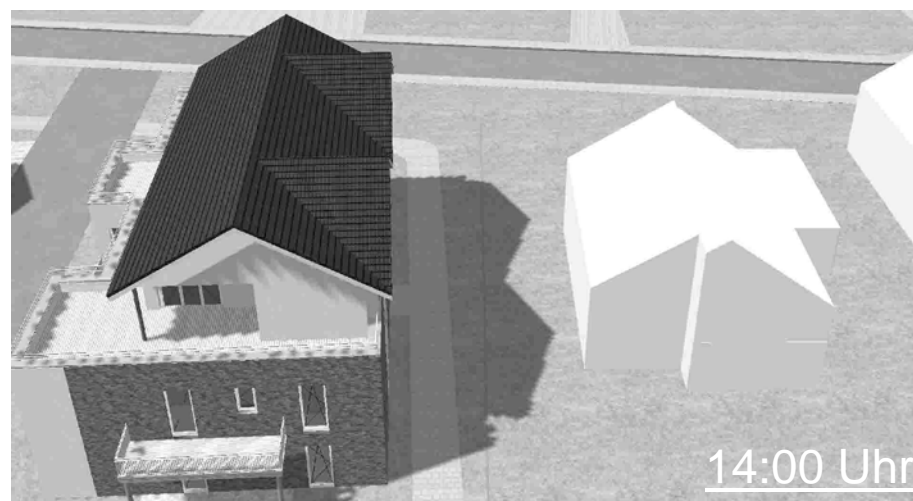
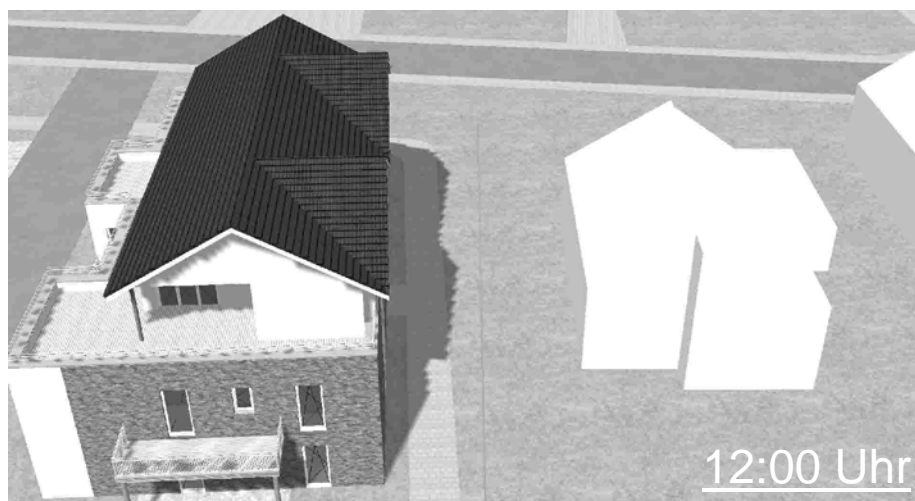
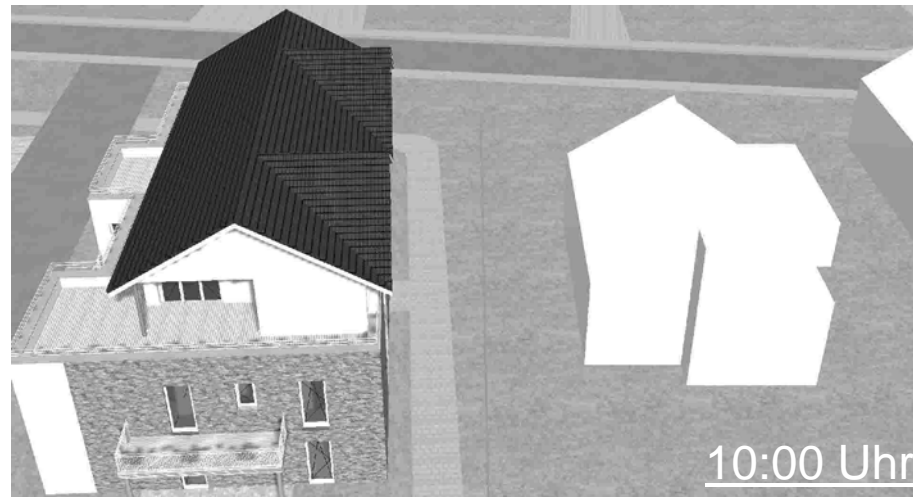


ARCHITEKTURBÜRO  
HANS KUPER

Schattenmodell:

Bolwinsweg 29, 26871 Papenburg

**Stand: 01.08.**





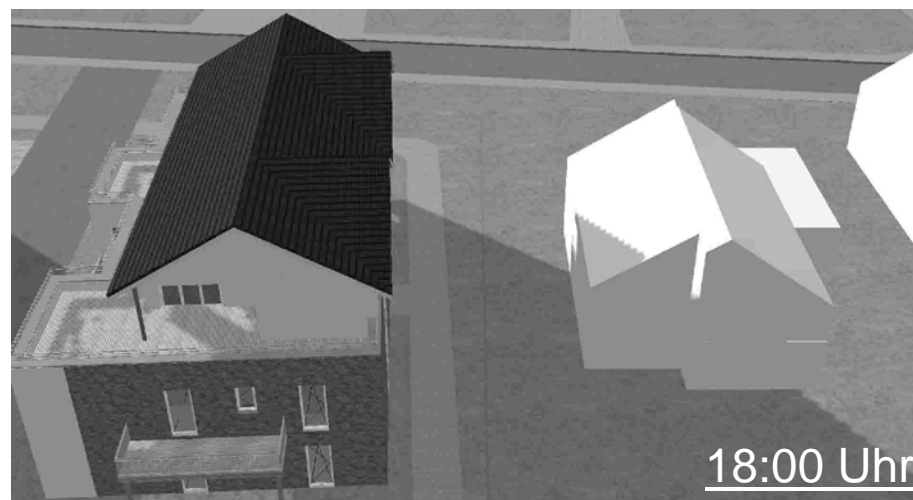
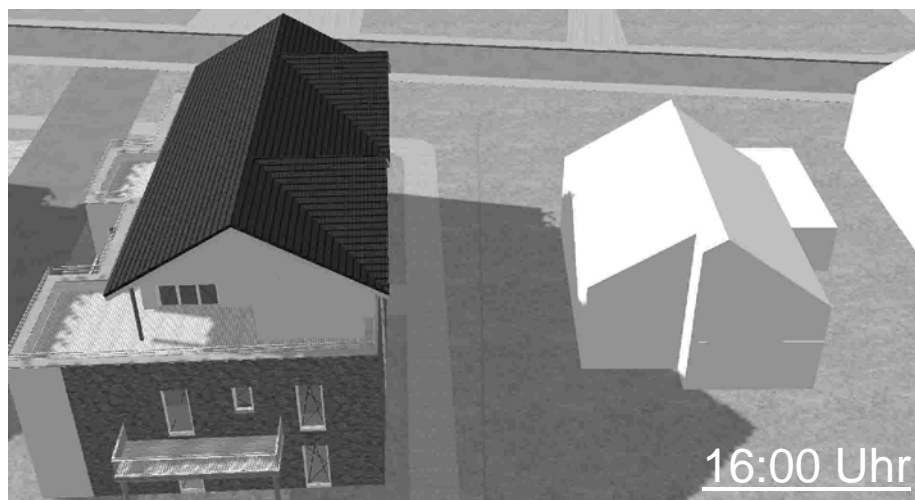
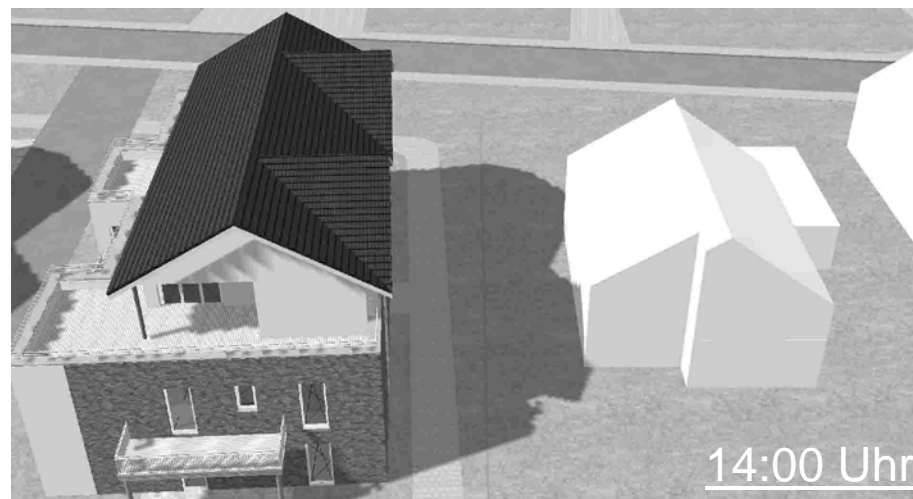
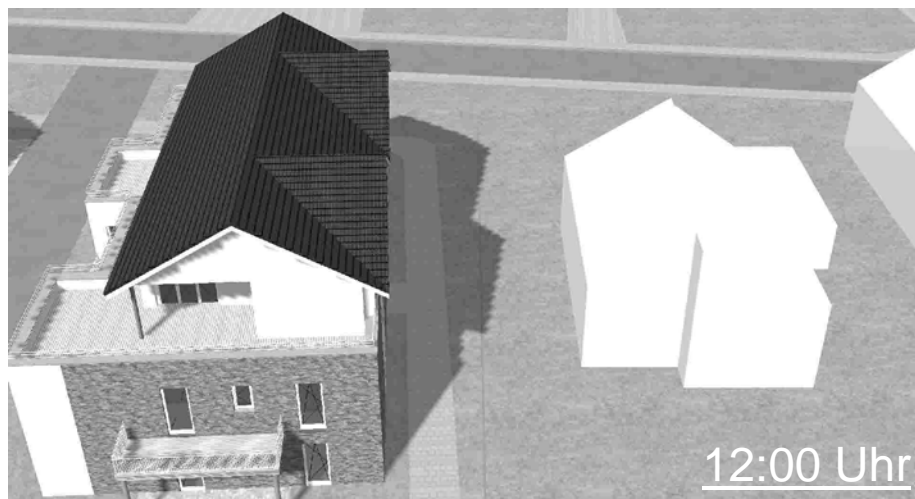
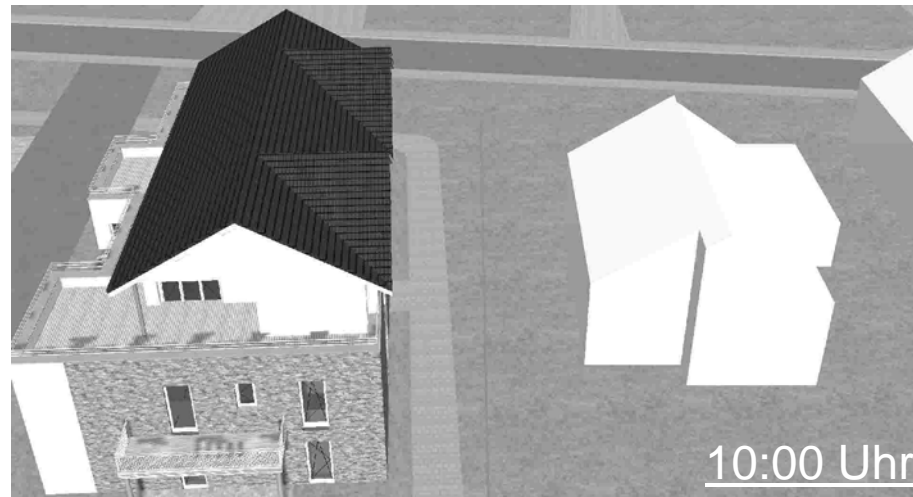


ARCHITEKTURBÜRO  
HANS KUPER

Schattenmodell:

Bolwinsweg 29, 26871 Papenburg

**Stand: 01.09.**





ARCHITEKTURBÜRO  
HANS KUPER

Schattenmodell:

Bolwinsweg 29, 26871 Papenburg

**Stand: 01.12.**

